

Pressemitteilung

Risiken für den Arbeitsmarkt

Geplanten Personalabbau bei der Bundesagentur stoppen!

Angesichts der Unruhen auf den Finanzmärkten sieht die BA-Fachgewerkschaft „vbba“ Gefahren für die Realwirtschaft und für den Arbeitsmarkt. Eine gewisse Verunsicherung ist mittlerweile bei zahlreichen Unternehmen und Betrieben nicht von der Hand zu weisen. Bekannt wurde, dass erste Firmen geplante Investitionen reduzieren oder verschieben. In Gesprächen mit den Vermittlungsfachkräften der Arbeitgeberservices in den Arbeitsagenturen gehen nicht wenige Führungskräfte und Personalverantwortliche ohnehin von einem nachlassenden Wirtschaftsaufschwung aus.

Der vbba-Gewerkschaftschef Waldemar Dombrowski warnt vor einem voreiligen und unüberlegten Personalabbau bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). „Die Politik sollte aufgrund der noch guten Konjunkturlage nicht leichtsinnig werden und die bestehenden Risiken nicht verdrängen. Wenn es im kommenden Jahr zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kommen sollte, würde die zum Personalabbau gezwungene BA, auf dem völlig falschen Fuß erwischt werden. Die Folgen wären Überlastung und Chaos!“ Der letzten Krise ist mit einem erheblichen Aufwand an öffentlichen Mitteln - auch BA-Beitragsmitteln in Milliardenhöhe begegnet worden. Entsprechende Finanzmittel stehen der BA heute nicht zur Verfügung.

Anteil der arbeitsmarktfernen Personen ist gestiegen

Ohnehin verkennt die Politik offensichtlich, dass der Anteil der Menschen unter den Arbeitslosen, die einer besonderen und mitunter langwierigen Betreuung und Förderung bedürfen, immens gestiegen ist. „Wer die Materie kennt, weiß, dass der personelle und finanzielle Einsatz im Durchschnitt erhöht werden muss. Ansonsten werden wir in vielen Fällen keinen nachhaltigen Erfolg haben. Das hilft weder den Arbeitslosen noch den von Fachkräftemangel gebeutelten Branchen“, fährt Waldemar Dombrowski fort. Der Anteil der befristeten Kolleginnen und Kollegen ist in vielen Jobcentern zudem immer noch zu hoch.

Die Fachgewerkschaft fordert den mehrstufigen Personalabbau zunächst für das Jahr 2012 auszusetzen. Ein „Augen zu und durch“ wäre dagegen verantwortungslos.